

Pressemeldung vom 02.07.2008

EU-Kommission will Kleine und Mittlere Unternehmen stärken

*Vorschläge aus Brüssel stehen
bereits in der Kritik*

Damit kleine und mittlere Unternehmen (KMU) besser am europäischen Binnenmarkt tätig werden können, hat die EU-Kommission jetzt einen „Small Business Act“ vorgelegt. Darüber berichten die „EU-Nachrichten“ in ihrer aktuellen Ausgabe (Nr. 23/2008). Kern sind zehn verbindliche Leitsätze für Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten, die immerhin 99 Prozent aller Firmen in den EU-Staaten ausmachen. Mit der Initiative sollen nach Angaben der EU-Kommission nicht zuletzt bürokratische Hürden für wirtschaftliche Aktivitäten abgebaut werden. Günter Verheugen, Vizepräsident der Kommission, will nach eigenen Worten erreichen, dass KMU-freundliches Denken Einzug in sämtliche Politikfelder der EU halte. KMU-Organisationen haben die Vorschläge indes bereits als „Papiertiger“ und „Lippenbekenntnis“ kritisiert und stattdessen solide, rechtsverbindliche Maßnahmen gefordert.

Ein geplantes Statut für eine Europäische Privatgesellschaft soll aus Sicht der Kommission ermöglichen, in allen Mitgliedsstaaten Unternehmen zu gründen, die nach denselben Grundsätzen arbeiten. Bisher müssen grenzüberschreitend tätige Unternehmen in jedem Staat Tochterfirmen in dort jeweils gültiger Rechtsform gründen, was gerade KMU nicht selten vor erhebliche Probleme stellt. Generell soll der Zeitbedarf zur Gründung eines neuen Unternehmens EU-weit künftig nicht länger als eine Woche betragen, notwendige Lizenzen und Zulassungen sollen innerhalb eines Monats erteilt sein. Zu den geplanten Leitlinien gehört auch eine Gruppenfreistellungsverordnung für den Bezug von staatlichen Beihilfen, die dann für KMU einfacher und kostengünstiger zu erhalten sein sollen. Die EU-Kommission will mit Mobilitätsprogrammen für junge Menschen darüber hinaus Interesse an der Tätigkeit als Unternehmer wecken.

Stefan Wogawa